

Volker Matthies (Hg.)

# **KREUZZUG ODER DIALOG**

Die Zukunft  
der Nord-Süd-Beziehungen



---

Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Kreuzzug oder Dialog :**

die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen / Volker Matthies (Hg.). - Bonn : Dietz, 1992  
(Dietz-Taschenbuch ; 44)

ISBN 3-8012-3044-9

NE: Matthies, Volker [Hrsg.]; GT

Copyright © 1992 by  
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn  
In der Raste 2, D-5300 Bonn 1  
Lektorat: Martin Rethmeier  
Umschlag: Manfred Waller, Reinbek  
(Foto: gamma, Paris)  
Satz: elco-satz R. Riemel, Bonn  
Druck und Verarbeitung: Ebner Ulm  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 1992

# Inhalt

<i>Volker Matthies</i> „Feindbild“ Dritte Welt? Wider die Militarisierung und Marginalisierung der Nord-Süd-Beziehungen .....	7
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---

## GEMEINSAME SICHERHEIT

<i>Jochen Hippler</i> Pax Americana? Neue Weltordnung und Dritte Welt .....	25
-----------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Michael Brzoska</i> Bedrohung aus dem Süden? Massenvernichtungsmittel in der Dritten Welt .....	41
----------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Mir A. Ferdowski</i> Von Europa lernen? Die KSZE als Modell regionaler Sicherheits- und Friedensordnungen in der Dritten Welt .....	57
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

## NEUE PROBLEME

### ÖKOLOGIE, MIGRATION, FUNDAMENTALISMUS

<i>Manfred Wöhlke</i> Gemeinsam in die Öko-Katastrophe? Umweltzerstörung und Ressourcenausbeutung .....	74
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Peter J. Opitz</i> Droht der große Marsch gen Norden? Flüchtlingsströme und Völkerwanderungen .....	90
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Bassam Tibi</i>	
Kreuzzug oder Dialog?	
Der Westen und die arabo-islamische Welt nach dem Golfkrieg .....	107

GRUNDLAGEN EINER WELT FÜR ALLE

<i>Rainer Tetzlaff</i>	
„Wertegemeinschaft“ zwischen Süd und Nord?	
Zur universalen Geltung von Demokratie und Menschenrechten .....	123

<i>Uwe Andersen und Andreas Langmann</i>	
Eine „neue“ Neue Weltwirtschaftsordnung?	
Perspektiven gerechterer Strukturen in der Einen Welt .....	143

<i>Gerald Braun</i>	
Eine Welt für alle?	
Von der nationalen Entwicklungspolitik zur Weltinnenpolitik .....	159

Die Autoren .....	176
-------------------	-----

*Mir A. Ferdowsi*

Von Europa lernen?

Die KSZE als Modell für regionale Sicherheits- und Friedensordnungen in der Dritten Welt

## 1. *Einleitung*

Seit den friedlichen Revolutionen in Osteuropa sowie der feierlichen Beendigung des Kalten Krieges und Ost-West-Konfliktes mit der „KSZE-Charta von Paris für ein neues Europa“ vom 21. November 1990 fehlte es nicht an optimistischen Stimmen, die von der Zivilisierung des Ost-West-Konfliktes auch eine Lokomotivfunktion für andere Regionen der Welt erwarteten und vorschlugen, die europäischen Erfahrungen dorthin zu übertragen. Regionale Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Modell der KSZE sollten einberufen werden, um nicht nur „die Gefahr ernsthafter Konflikte in anderen Teilen der Welt zu vermindern“<sup>1</sup>, sondern auch Mechanismen zu schaffen, die Sicherheit und Stabilität gewährleisten.

Hatte der damalige sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse noch vor dem Pariser KSZE-Gipfel die Einberufung einer KSZAP (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum) für Herbst 1993 angeregt, um die notwendigen Rahmen zu schaffen, mit deren Hilfe der bisher in Europa verwirklichten Ost-West-Entspannung auch endlich in Fernost zum Durchbruch verholfen werden sollte<sup>2</sup>, initiierte der frühere nigerianische Staatschef General Olusegun Obasanjo – diese Empfehlungen aufgreifend – bereits 1990 ein African Leadership Forum, um über einen der KSZE vergleichbaren gesamtafrikanischen Rahmen<sup>3</sup> nachzudenken. Doch erst die „Kuwait-Krise“ legte wie kaum ein anderer Konflikt der letzten Jahre die Notwendigkeit nahe, mittels der Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen und Mittleren Osten (KSZNM) die Konfliktformationen der Region einer Gesamtlösung zuzuführen.<sup>4</sup>

Als Folge der „Kuwait-Krise“ oder auch nur angesichts der „veränderten Geometrie der Festung Europa“<sup>5</sup> unterbreiteten Frankreich,

Spanien, Italien und Portugal im Vorfeld eines KSZE-Treffens zur Mittelmeerproblematik im September 1990 den Vorschlag zu einer KSZM. Die Aufgaben und Ziele einer solchen Konferenz umreißt ein „Strategiepapier“ der Mainzer Forschungsgruppe Europa<sup>6</sup>: „Sie bietet die Gelegenheit zum Ausgleich der Interessen, sie erlaubt die Balancierung unterschiedlicher Motivlagen: Stabilität und Sicherheit gegen wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie begünstigt das Zusammenwirken in Agenturen und regionalen Untergliederungen etwa im Umweltschutz oder im Kulturbereich. Sie stellt einen Rahmen bereit für die Behandlung von Sicherheitsfragen und Rüstungskontrollvereinbarungen. Sie kann schließlich auch der Konfliktkontrolle im Krisenfall dienen. Angesichts der gesellschaftlichen Spannungen in der Region kann eine KSZM auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses über die Rechte der Menschen auch die Möglichkeiten zur Einwirkung auf ihre Einhaltung schaffen. Die KSZM könnte langfristig zugleich zum System der kollektiven Sicherheit, zur Organisation ökonomischer wie ökologischer Entwicklung wie zum Rahmen eines vitalen Kulturraums werden“.

Mögen solche Überlegungen zunächst auch überzeugend klingen, so ist es dennoch an der Zeit, die Möglichkeiten und Grenzen des Transfers von konflikteindämmenden Institutionen in die Dritte Welt-Regionen einer nüchternen Betrachtung zu unterziehen. Durch die Gegenüberstellung der wesentlichsten Strukturmerkmale des KSZE-Prozesses mit den Ursachen der Konflikte in der Dritten Welt soll geprüft werden, ob dieses Rezept außerhalb Europas überhaupt lebensfähig ist und ob die Gründe für seinen „Erfolg“ nicht doch spezifisch europäisch waren. Diesem Versuch ist ein kurzer Überblick über die Kriege in der Dritten Welt vorangestellt sowie eine Skizze jener veränderten welt- und regionalpolitischen Rahmenbedingungen, die eine Übertragung des KSZE-Modells als erfolgversprechend erscheinen lassen.

## *2. Kriege in der Dritten Welt – ein Überblick*

Das größte Problem bei der Ermittlung eines relativ zuverlässigen Bildes über Zahl und Art der gewaltförmigen Konfliktaustragungen ist nach wie vor der Umstand, daß die bisherigen Untersuchungen im Hinblick auf die den Kriegen zugrunde gelegten quantitativen und qualitativen Merkmale wie auch die Definition des Krieges selbst erhebliche

Unterschiede aufweisen. Dennoch ist es der vergleichenden Kriegsursachenforschung gelungen, auf der Grundlage der Kriegsdefinition des ungarischen Sozialwissenschaftlers István Kende<sup>7</sup> einen Überblick über die Dimensionen der Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg zu vermitteln (siehe Tabelle Seite 60).

Es würde den Rahmen sprengen, wollte man hier über die Daten der Tabelle hinaus noch weitere statistische Auswertungen hinsichtlich des Charakters und der Merkmale von Kriegen vornehmen.<sup>8</sup> Zusammenfassend sei aber auf einige der markantesten Charakteristiken dieser Kriege hingewiesen:

- die Schauplätze von 163 der 173 Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg (213 der 223 Fallbeobachtungen) liegen in der Dritten Welt. Dabei handelte es sich in 155 Fällen um reine Dritte-Welt-Kriege, seien es nun Bürgerkriege (53), Autonomiekriege (37), Grenzkriege (34) oder Kriege in Form von Interventionen in anderen Dritte-Welt-Staaten (31);
- regional waren Nord- und Schwarzafrika mit 50 Kriegen am meisten betroffen. Ihnen folgten Süd- und Südostasien mit 46, der Nahe und Mittlere Osten mit 34 und Süd- und Zentralamerika mit 33 Kriegen;
- die Industrieländer waren – einschließlich der 25 Entkolonisierungskriege – in 56 Fällen offen oder direkt, allein oder mit Hilfe anderer Dritte-Welt-Staaten an diesen Kriegen beteiligt, wobei Großbritannien mit 16 und die USA und Frankreich mit je 13 Kriegen die Rangliste der kriegsführenden Staaten anführen;
- insgesamt entfallen 55% aller Kriegsbeteiligungen auf nur 23 Staaten;
- die Häufigkeit der jährlich geführten Kriege nahm kontinuierlich zu: 1945:3, 1955:15, 1965:24, 1975:21, 1985:33, 1990:34;
- die Zahl der nicht klar zu identifizierenden Kriege ist dabei überproportional gestiegen, wie aus der steigenden Zahl der Mehrfachnennungen in der Tabelle zu ersehen ist; neben methodischen Problemen bei der Zuordnung dürfte dies vor allem auf eine zunehmende „Verquickung“ von Konfliktsanlässen zurückzuführen sein;
- das Tötungs- und Zerstörungspotential der militärischen Operationen ist um ein Vielfaches gestiegen, wobei vor allem die Zivilbevölkerung verstärkt in Mitleidenschaft gezogen wird. Dies hat zum Ergebnis, daß diese Kriege, je nach Berechnung, bislang zwischen 25 und 35 Millionen Tote gefordert haben.

8 Tabelle 1: Militärische Konflikte in der Dritten Welt seit 1945\*

Dekade	Begonnene Kriege	Mit ausländischer Beteiligung												Ohne ausl. Beteilig.	Insgesamt (+) = Mehrfach- nennungen				
		Industrieländer				Dritt- welt Staaten				Dritt- welt Staa- ten und Indu- strieländer ge- meinsam									
		A	B	C	D	A	B	C	D	A	B	C	D			A	B	C	D
1945 - 54	32	1	0	1	2	2	0	0	0	2	0	1	1	10	7	5	7	39	(+ 7)
1955 - 64	43	4	4	1	1	2	1	1	0	2	2	1	2	14	4	9	6	54	(+ 11)
1965 - 74	32	2	0	0	1	4	1	1	1	4	1	0	0	9	8	8	1	41	(+ 9)
1975 - 84	44	3	0	0	0	10	3	7	2	2	0	0	0	13	11	10	1	62	(+ 18)
1985 - 90	12	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	7	4	4	0	17	(+ 5)
Gesamt	163	10	4	2	4	18	7	9	3	10	3	2	3	53	34	36	15	213	(+ 50)

A Anti-Regime-Kriege

B Innerstaatliche Religions-, Sezessions- und Stammes-Kriege

C Zwischenstaatliche Kriege, Grenz-Kriege

D Entkolonisierungs-Kriege.

\* Eigene Berechnungen und Aktualisierung auf der Grundlage der Listen von Ulrike Borchardt u.a.: Die Kriege der Nachkriegszeit. Interne und internationale bewaffnete Konflikte von 1945 bis 1985, in: *Vereinte Nationen*, Heft 2/1986, S. 68-74 sowie Klaus Jürgen Gantzel/Jens Siegelberg: Kriege der Welt. Ein systematisches Register der kriegerischen Konflikte 1985-1990, in: *Interdependenz*. Materialien der Stiftung Entwicklung und Frieden, Nr. 1/1990, Bonn.

### 3. Die veränderten regionalen und weltpolitischen Rahmenbedingungen

Angesichts der Tatsache, daß insbesondere Europa entgegen den Dritte Welt-Regionen seit dem Zweiten Weltkrieg ein „Hort des Friedens“ war, scheint die Überlegung, diese Regionen durch den Transfer der europäischen Erfahrungen mit der KSZE zu befrieden, durchaus plausibel. Dies umso mehr, als in den letzten Jahren eine Reihe von Entwicklungen besonders günstige Bedingungen zur Errichtung von stabilen Friedensordnungen auch in der Dritten Welt schufen:

*Erstens* ist es in den letzten Jahren gelungen, einige der langwierigsten Kriege und Konflikte in der Dritten Welt einer „friedlichen“ Beilegung zuzuführen: so etwa den Tschad-Konflikt im September 1987; den iranisch-irakischen Krieg am 22. Juli 1988; den Afghanistan-Konflikt am 15. Mai 1988; den Konflikt im südlichen Afrika im August 1989 und parallel dazu die Schaffung der Voraussetzungen für die Unabhängigkeit Namibias; den nicaraguanischen Bürgerkrieg im Februar 1989 und schließlich den Westsahara- und Kambodscha-Konflikt im Jahre 1990.

*Zweitens* haben die Regionen der Dritten Welt nach der Erosion des Ost-West-Konfliktes erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg die Chance, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. In der Vergangenheit waren ihre Möglichkeiten zur Entwicklung eigener regionaler Sicherheitsregelungen entweder durch die weltweit agierenden Supermächte eingeschränkt oder diese wurden in ihre Angelegenheiten mitinvolviert, weil eine Reihe nationaler Herrschaftseliten sich aktiv in den Ost-West-Konflikt einreihen, da sie auf die Hilfe der Supermächte gegen interne oder externe Kontrahenten bei ihrer Herrschaftssicherung angewiesen waren.

*Drittens* und noch bedeutsamer ist die Welle des demokratischen Wandels in fast allen Kontinenten. Einiges spricht dafür, daß nun zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert jener „Wind of Change“ weht, von dem der frühere britische Premier Harold Macmillan am Ende der Kolonialzeit sprach, als viele Staaten in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Vielleicht bringt der demokratische Wandel nicht mehr als gelenkte oder kontrollierte „Scheindemokratien“ hervor. Gleichwohl ist zu beobachten, daß sich vielerorts Regime, die bislang die Neugründung politischer Parteien ablehnten und oppositio-

nelle Gruppen verfolgten, sich nunmehr bereit erklären, politische Gruppierungen zuzulassen, demokratische Wahlen abzuhalten<sup>9</sup> sowie die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren.

Es ist sicherlich verfrüht, angesichts dieser Entwicklung die Schlußfolgerung zu ziehen, weltweit triumphiert die demokratische Idee, gleichwohl kann die Bedeutung dieser Entwicklung für die Zukunft nicht hoch genug eingeschätzt werden. Bei aller Vorsicht gegenüber rhetorischen Lippenbekenntnissen ist bereits heute allenthalben feststellbar, daß sich in weiten Teilen der Dritten Welt die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die politischen Rahmenbedingungen der sozio-ökonomischen Entwicklung für den Verlust der wirtschaftlichen Selbstbestimmung, der Marginalisierung der Menschen und die Unterminierung der Grundrechte ursächlich waren. Der nigerianische Staatschef Ibrahim Babagida formulierte dies anläßlich des 26. OAU-Gipfeltreffens in Addis Abeba im Juli 1990: „Unser Versagen ist in erster Linie das Versagen unserer Führungseliten. Wir haben unsere Mitbürger verwaltet, als ob das Ausland moralisch verpflichtet wäre, für ihren Unterhalt aufzukommen. Damit ist es heute zu Ende.“<sup>10</sup>

#### 4. *KSZE: Modell oder Mythos?*

Bei aller grundsätzlich positiven Bewertung des KSZE-Prozesses für Europa verkennen jene Apologeten der KSZE, die der Helsinki-Konferenz den entscheidenden Impuls zur Entwicklung des Jahres 1989 in Osteuropa zuweisen, daß das Ende des Ost-West-Konflikts nicht das Ergebnis einer Zivilisierung der Konfliktaustragung im Rahmen der KSZE und über die Blockgrenzen hinweg war, bei der „beide Seiten oder jedenfalls eine auf einer neuen Stufe friedenspolitischer Einsicht angekommen waren“, sondern daß die Entwicklung dadurch ausgelöst und beschleunigt wurde, daß „die eine Macht nicht mehr in der Lage war, sich am Spiel zu beteiligen“.<sup>11</sup>

Zwar muß allein schon die Tatsache, daß ein derartiges diplomatisches Mammutunternehmen zwischen zwei in antagonistischen Militärblocken eingebundenen Gruppen mit Erfolg abgeschlossen werden konnte, als erstaunlich bewertet werden. Doch erreichbar war die Unterschrift nur durch ein jahrelanges zähes Ringen, ein „do ut des“, das schließlich zu einem Kompromiß führte, mit dem alle Staaten leben

zu können glaubten. Es lag wohl in dieser Logik, daß die KSZE solange funktionierte, wie es galt, trotz des Kalten Krieges ein Klima des Vertrauens zu schaffen und die Menschenrechte zur Geltung zu bringen. Seit dem Ende der bipolaren Ordnung jedoch sind alle bisherigen Versuche, die KSZE zu einem ständigen Forum gesamt-europäischer Koordination aufzubauen, gescheitert und die Frage, ob „nicht auch die KSZE eigentlich der Vergangenheit angehört“, scheint mehr als berechtigt.<sup>12</sup>

Wenn auch eine Übertragung des KSZE-Modells aufgrund seiner besonderen Fähigkeit zur Problembündelung verspricht, unterschiedliche Interessen großer und kleiner Staaten in ein Sicherheitssystem einzubeziehen, um neue Gefährdungen zu verringern oder wahrgenommenen Bedrohungen von außen zu begegnen, so wirft deren Übertragung auf Dritte Welt-Regionen doch eine Reihe von Fragen auf:

*Erstens:* Die KSZE lebte von dem Bestand fester Blöcke mit zwei Supermächten als Blockführern. Hinzu kam, daß das „Gleichgewicht des Schreckens“ dem europäischen Kontinent eine Stabilität verlieh, bei der die antagonistischen Blöcke weder auf einen Sieg hoffen konnten noch befürchten mußten, selbst besiegt zu werden. Die Architektur der Konferenz mit den drei Körben „Sicherheit“, „Wirtschaft“ und „Menschenrechte“ ermöglichte zwar den beiden Blöcken, zu einem Interessenausgleich zu gelangen, doch ohne die bipolare Struktur selbst aufzulösen. Damit konnte KSZE „ordnungsstabilisierend und in begrenztem Umfang ordnungsüberwindend“ wirken.<sup>13</sup>

Anders sieht es hingegen in den Regionen der Dritten Welt aus. Hier gibt es trotz einer stärkeren Differenzierung und Hierarchisierung seit Mitte der siebziger Jahre keine dem Ost-West-Konflikt vergleichbaren politischen und ideologischen Antagonismen. Zwar entwickelten sich einige Staaten, die aufgrund ihrer demographischen, ökonomischen und militärischen Potentiale eine Sonderstellung beanspruchten, zu regionalen Vormächten und versuchten, die Region bzw. ihr Umfeld zu dominieren. Doch ein „Gleichgewicht der Kräfte“, das dem Europas während des Kalten Krieges vergleichbarer wäre, ist nirgendwo entstanden. Und wie die am meisten von Interventionen regionaler Mächte betroffenen Gebiete Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens zeigen, wirkten regionale Hegemonie-Konflikte nirgendwo ordnungsstabilisierend.

*Zweitens:* Die KSZE konnte erst eine zukunftsweisende Rolle entwickeln, als die territorialen Konflikte in Europa gelöst bzw. durch wechselseitige Anerkennung des Status quo ihre Brisanz verloren hat-

ten. Insofern stand die KSZE am *Ende* eines Prozesses, nicht an dessen Anfang.

Betrachtet man jedoch die große Zahl von Grenz-, Sezessions- und innerstaatlichen Kriegen in der Dritten Welt, so drängt sich der Eindruck auf, daß in jenen Regionen der Prozeß territorialer Konsolidierung und nationalstaatlicher Integration, den Europa in den letzten zwei- bis dreihundert Jahren durchlaufen hat, möglicherweise erst jetzt nachvollzogen wird. Auch in Europa ist dieser umfassende Prozeß erst „nach schmerzlichen historischen ‚Lernkosten‘ in Form von revolutionärer Gewalt, Bürgerkriegen und Kriegen heute einigermaßen ausgereift.“<sup>14</sup> Erst durch die territoriale Konsolidierung ist der Nationalstaat zur Ausdrucksform nationaler Ansprüche geworden, was seinerseits zur inneren Stabilität der Staaten beitrug.

*Drittens:* Die Arbeit der KSZE führte zweifellos zur Legitimität und Achtung der Menschenrechte und der Demokratie bei. Doch dies war nur möglich, weil zum einen die Verwirklichung der Menschenrechte in den europäischen Staaten und Gesellschaften eine weitreichendere Resonanz gefunden hatte, als dies für die meisten Regionen der Dritten Welt der Fall ist; zum anderen, weil die Tendenz zur „Redemokratisierung“ und Überwindung eines von außen aufgezwungenen „sozialistischen“ Systems sich durchsetzen konnte. Ohne hier ausführlicher auf die Diskussion über Kulturrelativismus und -universalismus eingehen zu können, sei darauf hingewiesen, daß die Hoffnung, mit der Einleitung von KSZE-ähnlichen Prozessen in anderen Regionen der Welt würden auch die Menschenrechte verbreitet, offensichtlich die Tatsache verkennt, daß sich der größte Teil der „Menschheit“ als jenseits des westlichen Kulturkreises stehend betrachtet. Dies zeigen die allenthalben zu beobachtenden „Revitalisierungsbestrebungen“, die Ausdruck einer „Sinn- und Identitätskrise“ sind, welche aus der Enttäuschung über die Ergebnisse der staatlichen Unabhängigkeit und ihrer gewaltsamen Einbettung in die globale, europäisch geprägte Weltordnung resultiert. Nur unter Ausblendung der Dimension und Bedeutung dieser Fragen kann man – wie der amerikanische Gesellschaftswissenschaftler Francis Fukuyama – annehmen, daß mit dem Verschwinden der marxistisch-leninistischen Alternative zur liberalen Demokratie „die Endstation der ideologischen Evolution der Menschheit und die allgemeine Verbreitung der westlich-liberalen Demokratie als der endgültigen Form der menschlichen Regierung“ erreicht ist.<sup>15</sup>

*Viertens:* Vor dem Hintergrund der Vielzahl innerstaatlicher Konflikte in der Dritten Welt läßt insbesondere ein bislang unauflöslicher

Widerspruch im Prinzipienkatalog der Schlußakte von Helsinki eine erfolversprechende Übertragung des KSZE-Modells fraglich erscheinen. Denn die Entschlossenheit der Unterzeichner zur „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit“ (VII. Prinzip) wird durch ihre Verpflichtung in Frage gestellt, „Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte“ (I. Prinzip) zu wahren und in die Praxis umzusetzen. Gerade der in Jugoslawien in Gang gekommene Auflösungsprozeß hat mehr als verdeutlicht, daß der KSZE-Mechanismus bei innerstaatlichen, ethnisch definierten Konflikten wenig mehr zuwege bringt als Appelle und den Austausch von Informationen.

Zwar haben die Unterzeichner der „Charta von Paris für ein neues Europa“<sup>16</sup> zum ersten Mal in einem Dokument der KSZE kodifiziert, „daß die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten Schutz genießen muß und daß Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, diese Identität ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln“. Doch weder die Konferenz noch die späteren Experten-Treffen vermochten sich bislang auf einen Mechanismus zu verständigen, mit dem die Einhaltung von Minderheiten-Rechten überwacht werden kann.

*Fünftens:* Obgleich die KSZE-Staaten mit der Aufwertung des „Zentrums für Konfliktverhütung“ auf ihrer Berliner Konferenz im Juni 1991 die Voraussetzungen zur Einrichtung von Instrumentarien und Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung schufen, um schnell auf regionale Konflikte zu reagieren und die Beteiligten zu einer Lösung im Sinne der KSZE-Prinzipien Gewaltfreiheit und Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte zu drängen<sup>17</sup>, verdeutlicht das Scheitern des „Konfliktmanagements“ während des jugoslawischen Bürgerkrieges einmal mehr, daß die KSZE wie jedes System kollektiver Sicherheit an dem grundlegenden Spannungsverhältnis zwischen den Prinzipien *Übereinstimmung* und *Zwang* leidet: Wenn alle Frieden wollen, braucht der Mechanismus nicht angewandt zu werden, da ohnehin Ruhe herrscht. Erst im Konfliktfall erweist sich die Notwendigkeit eines wirksamen Sicherheitsmechanismus, der genau dann greifen muß, wenn Gefahr im Verzug ist. Er kann nur soweit erfolgreich sein, wie der Wille der beteiligten Konfliktparteien zu einer konstruktiven Zusammenarbeit reicht. Doch nicht erst seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist das Zögern vieler, selbst europäischer, Staaten immer

noch deutlich erkennbar, sich im Falle von Streitigkeiten überstaatlicher Instrumentarien zu bedienen und sich tendenziell obligatorischen Verfahren zu unterziehen bzw. deren Ergebnisse als verbindlich anzuerkennen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Ursachen jener „Nationalitäten-Konflikte“, die zur Überlebensfrage für viele Staaten zu werden drohen, werden die Mechanismen von „Kollektiver Sicherheit“ freilich noch weniger greifen. Denn bei näherer Betrachtung erweist sich, daß zum einen die Politisierung ethnisch geprägter Konflikte und die Mobilisierung aufgrund ethnischer Loyalitäten in der Dritten Welt ebenso wie in Europa nicht Ursache, sondern Begleiterscheinung gesellschaftlicher Konflikte sind<sup>18</sup>, zu deren Lösung die Instrumentarien von „Kollektiven Sicherheitsmaßnahmen“ in der Regel kaum tauglich sind. Zum anderen wird deutlich, daß sich die Dimensionen dieser Konflikte nicht ohne Berücksichtigung des Scheiterns der „Staaten- und Nationenbildungs-Prozesse“ erfassen lassen, deren wichtigste Prämisse – zumindest für die Dritte Welt – die aus dem Studium der europäischen Erfahrungen gewonnene Überzeugung war, durch die Übertragung der „Nationalstaatsidee“ jene assimilatorischen und kommunikativen Prozesse auszulösen, die für die Homogenisierung heterogener Gesellschaften unverzichtbar zu sein scheinen. Diese optimistischen Erwartungen sind freilich durch die spätere Entwicklung in dreierlei Hinsicht ad absurdum geführt worden:

- Die Resistenz des ethnischen Identitäts- und Widerstandsfaktors erwies sich höher als erwartet;
- die im Modernisierungsprozeß selbst angelegten Konflikte und gesellschaftlichen Folgekosten wurden nur unzureichend berücksichtigt;
- die Zwangsassimilation von Volksgruppen sowie linguistischen und religiösen Minderheiten durch gezielte staatliche Maßnahmen führte zu zunehmendem „Legitimationsverlust“ der nachkolonialen Staaten.

*Sechstens:* Ob und inwieweit die in der KSZE-Schlußakte von Helsinki festgeschriebene wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Systemstabilisierung oder eher zu seiner Überwindung beigetragen hat, kann hier nicht diskutiert werden. Doch auch hinsichtlich der friedenspolitischen Auswirkungen ökonomischer Zusammenarbeit in den Regionen der Dritten Welt im Rahmen von Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit gibt es bei näherer Betrachtung kaum Anlaß zu optimistischen Erwartungen. Denn die Wirtschaftsbeziehungen der Entwicklungslän-

der untereinander erreichen bei weitem nicht das Ausmaß der ökonomischen Vernetzung und Verflechtung der europäischen Staaten. Trotz ständig wiederholter Bekenntnisse zu verstärkter politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit befindet sich die praktische Regional Kooperation sowohl ökonomisch wie auch politisch schon seit Jahren ganz offensichtlich in einer ernsthaften Krise.<sup>19</sup> Nach den Ergebnissen einer von der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD durchgeführten Analyse<sup>20</sup> zeigt die Entwicklung des Handels innerhalb der regionalen Wirtschaftsorganisationen, daß Handelsliberalisierung und Kooperation kaum wirksam geworden sind. Der Anteil des Exports in andere Länder der Wirtschaftsgemeinschaften an den Gesamtexporten erreichte in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft knapp 7%, im Zentralamerikanischen Gemeinsamen Markt knapp 16%, in den ASEAN-Ländern nur 18%. Die übrigen Integrationsgruppierungen erreichten nicht einmal diese Absatzbedeutung.

Auch die regionalen politischen Zusammenschlüsse waren bislang nicht in der Lage, Konflikte und Probleme ihrer Region zu entschärfen. So war die OAU an der Beilegung wichtiger Konflikte Afrikas in den vergangenen Jahren kaum beteiligt. Das reicht vom Nkomati-Vertrag von 1984 zwischen Südafrika und Mosambique über die Unabhängigkeit Namibias bis hin zum Abzug der Kubaner aus dem südlichen Afrika. Bei anderen Konflikten – so im Südsudan oder in Eritrea – hielt sich die OAU heraus oder scheiterte, wie im Falle ihrer Einmischung im Tschad. Konstruktivere Rollen könnten womöglich subregionale Gruppierungen spielen, wie etwa die SADCC im südlichen Afrika, oder die westafrikanische ECOWAS, die in den liberianischen Bürgerkrieg eingriff.

Nicht ermutigender sieht es in anderen Regionen der Dritten Welt aus. Weder gelang es der OAS oder der Contadora-Gruppe, die zentralamerikanischen Krisenherde zu entschärfen, noch vermochten die „Islamische Konferenz“ den achtjährigen iranisch-irakischen Krieg zu beenden oder die Arabische Liga bzw. der Golfrat die Kuwait-Krise zu verhindern. Allein die ASEAN kann hinsichtlich des Kambodscha-Konfliktes einen gewissen Erfolg vorweisen.

All diese Überlegungen zusammengenommen deuten darauf hin, daß die Aussichten, das KSZE-Modell als Muster für regionale Sicherheitsordnungen in der Dritten Welt zu adaptieren, wenig tragfähig sind. Selbst wenn es gelänge, ähnliche Institutionen aufzubauen, so muß eindringlich vor überhöhten Erwartungen hinsichtlich kurzfristiger Erfolge

gewarnt werden: denn zur Vorbereitung der Helsinki-Konferenz waren bekanntlich 15 Jahre erforderlich, und erst in den seither verstrichenen weiteren 15 Jahren konnten die Beschlüsse umgesetzt werden.

## 5. *Perspektiven*

Die Skepsis hinsichtlich der Tragfähigkeit einer Übertragung des KSZE-Modells auf die Dritte Welt-Regionen darf freilich nicht über zwei wesentliche Aspekte hinwegtäuschen: Zum einen, daß regionale Kooperation nach wie vor einen wesentlichen Ansatzpunkt für eine mittel- bis längerfristige Überwindung der wirtschaftlichen Unterentwicklung darstellt; zum anderen, daß die bisherigen enttäuschenden Ergebnisse nicht das grundsätzliche Prinzip in Frage stellen, sondern vornehmlich auf die unbefriedigende Funktionsweise der vorhandenen Regionalorganisationen sowie die ihnen inhärenten Konflikte zurückzuführen sind. Denn so wie der Bürgerkrieg in Jugoslawien selbst innerhalb der EG-Staaten wie ein Katalysator für die Wiederbelebung nationaler Ressentiments und Ängste sorgte, die als historisch längst überwunden galten, so hat bislang auch in der Dritten Welt die eindeutige Dominanz der jeweiligen nationalstaatlichen Eigeninteressen der regionalen Zusammenarbeit eng Grenzen gesetzt.

Doch insbesondere die „historischen Umwälzungen“ in Osteuropa stellen die meisten Staaten der Dritten Welt vor eine Reihe neuer Herausforderungen.<sup>21</sup> Sie müssen befürchten, daß

- die Hilfsgelder spärlicher fließen könnten und sie in einen „haushaltspolitischen Verdrängungswettbewerb“ mit osteuropäischen Staaten treten müssen;
- die ehemals „sozialistischen“ Industrieländer zu Konkurrenten bei der wirtschaftlichen Kooperation mit den westlichen Industrieländern werden. Dafür spricht nicht nur die geographische Nähe östlicher Nachbarländer, sondern auch die vertrautere Mentalität, eine ähnliche Kultur, bessere Ausbildung und geringere Sprachschwierigkeiten;
- mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zwar für die Geber ein wesentliches Sanktionsinstrument ihrer Außenpolitik entfällt, doch für die Nehmer auch zugleich eine Trumpfkarte; fungierten doch die außen- und sicherheitspolitischen Interessen über drei Jahrzehnte als entscheidende Triebkräfte der Entwicklungskooperation. Darüber

hinaus fürchten nicht wenige Politiker in Afrika, Asien und Lateinamerika das Entstehen einer Ost-West-Komplizenschaft zum Nachteil des Südens.

Würden die Staaten der Dritten Welt angesichts dieser weltpolitischen und ökonomischen Veränderungen die wichtigste Botschaft des unter dem Vorsitz des früheren tansanischen Präsidenten Julius Nyerere verfaßten „Bericht der Süd-Kommission“ ernst nehmen – und dazu haben sie allen Anlaß –, so wird eine wesentliche Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit mittel- bis längerfristig unumgänglich sein. Dort heißt es: „Der Süden als ganzes verfügt über genügend Märkte, Technologie und finanzielle Ressourcen, um aus der Süd-Süd-Zusammenarbeit ein wirksames Mittel zur Erweiterung der Entwicklungsmöglichkeiten seiner Ökonomien zu machen. Intensivere Süd-Süd-Kooperation muß ein wichtiger Teil südlicher Strategien für autonome, sich tragende Entwicklung werden . . . Allein die Süd-Süd-Kooperation kann den Entwicklungsländern kollektives Gewicht verleihen und sie zu einer Gegenmacht machen, die vom Norden nicht ignoriert werden kann. Die Sicherung wirksamer Mitsprache im Management der Weltwirtschaft erfordert diese kollektive Stärke, die sich auf Einigkeit der Länder des Südens, Standfestigkeit im Verfolg der Ziele und Flexibilität in der politischen Taktik stützt“.<sup>22</sup>

Ob und in welcher Form diese Süd-Süd-Kooperation sich in Zukunft gestalten wird, kann heute nicht beurteilt werden. Doch dürften die hier kurz umrissenen *Für* und *Wider* der Übertragung des KSZE-Modells auf die Regionen der Dritten Welt verdeutlicht haben, daß es naheliegender erscheint, nach einer kritischen Durchforstung und Reduzierung des Wildwuchses der bestehenden 32 wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlüsse der Dritten Welt<sup>23</sup> (Afrika: 16, Arabische Welt: 4; Asien/Pazifik: 3 und Lateinamerika/Karibik: 9) zu einer bewußteren Unterstützung und effizienteren Arbeit der verbleibenden, als notwendig anerkannten Organisationen zu gelangen, als sich von der Konzentration aller Aufgaben auf spezifisch für europäische Verhältnisse entwickelten Großorganisationen wie der KSZE die Lösung aller Probleme zu erhoffen. Zudem muß die Frage der Nützlichkeit existierender Institutionen und der möglichen Überlappung zwischen verschiedenen Organisationen in jedem konkreten Einzelfall und von Region zu Region entschieden werden.

Zum anderen sollten die Möglichkeiten vorhandener internationaler Organisationen, etwa der Vereinten Nationen, besser genutzt werden, da es immer offensichtlicher wird, daß den großen Herausforderungen

an der Schwelle zum Jahr Zweitausend – ökologische Verheerungen, Migrationsbewegungen, Rohstoffpreisverfall und Überschuldung sind einige Beispiele hierfür – nur mit verstärkter internationaler Zusammenarbeit beizukommen ist.

Drittens schließlich sind im Rahmen der künftigen Nord-Süd-Beziehungen substantielle Verbesserungen und Veränderungen der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie etwa die Stabilisierung der Rohstoffpreise bzw. Exporterlöse, Abbau von Agrarprotektionismus und nicht-tarifären Handelshemmnissen, Abbau von Entwicklungsblockaden durch großzügigere Entschuldungsregelungen und schließlich die Überwindung der „strukturellen Gewalt“ durch Veränderung von ungerechten Strukturen erforderlich. Denn trotz aller vorhandenen günstigen regionalen und internationalen Rahmenbedingungen nutzen selbst die redlichsten Absichten zur Zivilisierung von Konflikten wenig, wenn für deren Absicherung die ökonomischen Grundlagen fehlen.

## Anmerkungen

- 1 Gemeinsame Verantwortung in den 90er Jahren. Die Stockholmer Initiative zu globaler Sicherheit und Weltordnung. Deutsche Fassung abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 6 und 7 1991, S. 743-766 bzw. 883-893, S. 746.
- 2 *Süddeutsche Zeitung* vom 5. September 1990.
- 3 Ausführlicher hierzu siehe Gerhard Pfeiffer: Eine KSZE-Konferenz für Afrika? In: *Entwicklung und Zusammenarbeit* Nr. 5/1991, S. 20-21 sowie Rolf Hofmeiers Überblick im Jahrbuch Dritte Welt 1992, München 1991, S. 306-307.
- 4 So etwa Johan Galtung: So läßt sich im Nahen Osten die Katastrophe vermeiden, in *Die Weltwoche* Nr. 2/10. Januar 1991, S. 17. Siehe auch Willy Brandt: Eine Friedensordnung für den Nahen Osten. In: *Europa-Archiv*, Folge 5/1991, S. 137-142.
- 5 Ulrike Borchardt: Zu einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Veränderte Geometrie der Festung Europa, in: *Mediatus* 7-8/1991, S. 5-9.
- 6 Werner Weidenfeld/Josef Janning: Unsere Nachbarn im Süden. Eine europäische Strategie für den Mittelmeerraum, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. September 1991, S. 9.
- 7 Kende bezeichnet jene bewaffneten Massenkongflikte als Krieg, in denen jede der folgenden Bedingungen vorhanden war bzw. ist: „a) Zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte waren an den Kämpfen beteiligt, wobei es sich mindestens in einem Fall um eine reguläre Armee oder anderweitige Regierungstruppen

- handelte. b) Die Tätigkeit beider Teilnehmer entfaltete sich in zentral gelenkter, organisierter Form, auch wenn dies nicht mehr bedeutete als bloß organisierte bewaffnete Verteidigung oder strategisch planmäßige Überfälle (Guérillaoperationen, Partisanenkrieg). c) Die bewaffnete Tätigkeit bestand nicht aus spontanen, sporadischen Zusammenstößen. Beide Teilnehmer arbeiteten nach einer planmäßigen, systematischen Strategie, gleich, ob dabei der Krieg auf dem Gebiet eines einzelnen Landes oder dem mehrerer Länder, kürzer oder länger, geführt worden ist“. István Kende: Kriege nach 1945. Eine empirische Untersuchung. *Militärpolitik Dokumentation*, Heft 27/1982, S. 5.
- 8 Für eine gründliche und umfassende Auswertung siehe Klaus Jürgen Gantzel (Hrsg.): Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1990. Daten und Tendenzen, Münster 1992.
  - 9 Siehe hierzu den umfassenden Überblick von Jürgen Rüländ/Nikolaus Werz: Mehr Chancen für Demokratie in der Dritten Welt? In: Peter J. Opitz (Hrsg.): Grundprobleme der Entwicklungsländer, München 1991, S. 243-264.
  - 10 Zit. nach Reinhard Kößler/Hennig Melber: Afrika vor der demokratischen Frage, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9/1990, S. 1055.
  - 11 Birckenbach, Hanne-Margret: Frieden in Europa – Krise im Balkan – Krieg am Golf, in: *Informationsdienst Wissenschaft und Frieden* Nr. 1-2/1991, S. 1. Siehe auch die Memoiren von Edward Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek, 1991.
  - 12 Beispielsweise Christoph Bertram: Hausordnung ohne Haus, in: *Die Zeit* vom 16. November 1990, S. 6. Siehe auch Günter Pollach: Europa zwischen NATO, WEU und KSZE. Die Neugestaltung gesamteuropäischer Sicherheit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 7/1991, S. 832-842.
  - 13 Siehe hierzu Erhard Forndran: Anmerkungen zur neuen Sicherheitspolitischen Konstellation – Die Zukunft der Bündnisse und der KSZE, in: *Gegenwartskunde* Heft 2/1991, S. 145-156.
  - 14 Matthies, Volker: Kriegsschauplatz Dritte Welt, München 1988, S. 176.
  - 15 Zit. nach *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. Oktober 1989, S. 35.
  - 16 Abgedruckt in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung*, Nr. 137 vom 24.11.1990, S. 1422 ff.
  - 17 Näheres hierzu siehe Dieter Senghaas: Friedliche Streitbeilegung und Kollektive Sicherheit, in: *Europa-Archiv*, Folge 10/1991, S. 311-317.
  - 18 Siehe hierzu Kathrin Eikenberg: Mythos Tribalismus: Ethnisierung politischer Konflikte, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 176/1991, S. 29-31.
  - 19 Rolf Hofmeier: Regionalkooperation in Afrika zwischen Krise und Hoffnung, in: *Nord-Süd aktuell*, Nr. 1/1989, S. 56-59.
  - 20 Zit. nach Benno Engels: Zur „Krise“ der regionalen Integration in der Dritten Welt, in: *Nord-Süd aktuell*, Nr. 1/1989, S. 96.
  - 21 Ausführlicher hierzu siehe Brock, Lothar, Zwischen Systemkonkurrenz und Entspannungsängsten. Entwicklungsländer am Ende der Dritten Entwicklungskade, in: *epd-Entwicklungspolitik* 1/1990, S. 11-16; Bodemer, Klaus, Der Wandel in Europa – seine Konsequenzen für Lateinamerika und das europäisch-lateinamerikanische Verhältnis, in: *Nord-Süd aktuell*, Heft 2/1990, S. 224-231; Kevenhörster, Paul, Dritte Welt im Schatten. Vom Eurozentrismus zum Euro-

- egoismus? in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. Juni 1990; Menck, Karl Wolfgang, Verdrängen die Reformen in Osteuropa die Zusammenarbeit Westeuropas mit den Entwicklungsländern?, in: *Nord-Süd aktuell*, Heft 2/1990, S. 215-219; Nuscheler, Franz, Hilfe für den Osten auf Kosten der Dritten Welt? Berechtigte Befürchtungen, in: *der Überblick*, Heft 4/1989, S. 70-72.
- 22 Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Die Herausforderung des Südens. Der Bericht der Südkommission. Über die Eigenverantwortung der Dritten Welt für dauerhafte Entwicklung, Bonn 1991, S. 407.
- 23 Siehe hierzu den Anhang in: *Nord-Süd aktuell*, Nr. 1/1989, S. 108-115.